

Fördergeldaffäre: Aufklärung darf nicht zur politischen Selbstentlastung werden

Wer Kunst und Zivilgesellschaft unter Generalverdacht stellt, Förderverfahren politisiert und anschließend die eigene Verantwortung nicht kritisch aufarbeitet, verspielt Vertrauen. Der Kampf gegen Antisemitismus ist zu wichtig, um ihn für politische Machtkämpfe zu instrumentalisieren. Was Berlin jetzt braucht, ist keine Kulturpolitik des Misstrauens, sondern Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Respekt vor der Kunstfreiheit.

Der Rat für die Künste Berlin sieht den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zur Fördergeldaffäre mit großer Sorge. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus ist notwendig und überfällig. Die Berliner Kunst- und Kulturszene war und ist bereit, sich dieser Verantwortung zu stellen – auch selbstkritisch. In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Antidiskriminierungsprojekte und -schulungen entstanden. Auf dieser Arbeit hätte die Politik aufbauen können.

Stattdessen wurde die Kunst- und Kulturszene seit dem Regierungsantritt zunehmend zum politischen Verdachtsraum erklärt. Künstler:innen und Institutionen wurden pauschal mit Antisemitismusvorwürfen konfrontiert. Gleichzeitig wurden die Stimmen von Fachleuten aus Kunst, Wissenschaft und Zivilgesellschaft bei der Ausgestaltung des neuen Förderinstruments nicht ausreichend berücksichtigt.

Dabei lagen wichtige Warnungen auf dem Tisch: Unterschiedliche Formen von Diskriminierung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Begriffe wie Antisemitismus dürfen nicht politisch instrumentalisiert werden. Und Förderentscheidungen müssen transparent, fachlich nachvollziehbar und rechtsstaatlich erfolgen.

Dass das konkrete Förderverfahren nach Einordnung des Rechnungshofs in wesentlichen Punkten rechtswidrig war, ist deshalb besonders schwerwiegend. Es geht nicht um eine bloße Verwaltungspanne, sondern um die Grundsätze staatlicher Kulturförderung.

Aufklärung statt politischer Selbstentlastung

Besonders irritierend ist der Umgang mit der parlamentarischen Aufarbeitung. Das Sondervotum von Grünen und Linken erhebt den schwerwiegenden Vorwurf, dass die Regierungsfractionen bei der Erstellung des Abschlussberichts Passagen verändert oder gestrichen haben, die nach ihrer Auffassung durch die Beweisaufnahme gedeckt waren. Der *Tagesspiegel* hat den grundlegenden Konflikt zwischen dem Mehrheitsbericht und dem Sondervotum ausführlich dokumentiert.

Für den Rat für die Künste Berlin gilt deshalb ein elementarer demokratischer Grundsatz:

Wer Gegenstand einer Untersuchung ist, darf nicht zugleich maßgeblich darüber bestimmen, wie die eigene politische Verantwortung im Ergebnis dargestellt wird.

Ein Untersuchungsausschuss muss aufklären – nicht Verantwortlichkeiten verwischen. Wenn parlamentarische Mehrheiten die Ergebnisse einer Untersuchung parteipolitisch zurechtlegen, wird das Instrument parlamentarischer Kontrolle selbst beschädigt.

Vertrauen ist die Grundlage von Kulturpolitik

Die Fördergeldaffäre hat deshalb weitreichendere Folgen als die Frage, wer welchen Fehler gemacht hat. Sie beschädigt das Vertrauen zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit kann nur funktionieren, wenn die Politik die Fachlichkeit der Verwaltung respektiert, die Zivilgesellschaft ernst nimmt und Künstler:innen nicht zum politischen Feindbild erklärt.

Eine solche Kulturpolitik trägt – bewusst oder unbewusst – zu einem gesellschaftlichen Kulturkampf bei und stärkt jene Kräfte, die Kunstförderung, Kunstfreiheit und demokratische Kultur grundsätzlich infrage stellen.

Der Rat für die Künste Berlin fordert daher:

Keine politische Einflussnahme auf Förderentscheidungen. Keine Instrumentalisierung des Antisemitismusbegriffs. Keine Kulturpolitik unter Generalverdacht. Und keine Untersuchungsausschüsse, deren Aufklärungsergebnisse durch politische Interessen relativiert werden.

Antisemitismus muss entschieden bekämpft werden. Das gelingt aber nicht durch Misstrauen gegenüber einer ganzen Szene, sondern durch Expertise, offene Debatten, transparente Verfahren und eine Kulturpolitik, die demokratische Grundrechte schützt.

Berlin braucht jetzt einen politischen Neustart im Verhältnis zwischen Kultur und Politik: weniger Verdächtigung, mehr Dialog; weniger politische Einflussnahme, mehr fachliche Unabhängigkeit; weniger Schuldzuweisungen, mehr ehrliche Aufarbeitung.

Nur so kann verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden.

Rat für die Künste Berlin,
03.09.2026